

## Bauern brauchen praxistaugliche Regeln und Ende der Gängelei

### Aktuelle Situation

---

- Eine anhaltende Kontroverse über Tierhaltung und Landbewirtschaftung sowie immer neue Auflagen, deren Taktung und Tiefe erdrücken die Bauernfamilien im Moment förmlich.
- Die Stimmung auf den bayerischen Bauernhöfen ist deshalb am Boden. Sie fühlen sich von der Politik allein gelassen.
- Es muss deshalb Schluss sein mit der ständigen Gängelei der Bauern, mit ständig neuen Auflagen und zusätzlicher Bürokratie. Der Bauernverband setzt sich mit seiner politischen Arbeit für praxistaugliche Regeln (z. B. bei Tierhaltung oder Düngung) ein.
- Die harte, politische Arbeit des Bauernverbandes wird durch die Aktionen unter dem Motto „Land schafft Verbindung“ und das dortige Engagement von zahlreichen Bäuerinnen und Bauern – darunter viele Mitglieder und Ehrenamtliche des Bauernverbandes – ergänzt und unterstützt.
- Der Bauernverband setzt sich gegenüber der Politik und in der Öffentlichkeit für leistbare und praxistaugliche Rahmenbedingungen ein, um eine erfolgreiche Zukunft der heimischen Land- und Forstwirtschaft zu ermöglichen.

### Forderungen an die Politik in Berlin, München und Brüssel:

---

1. **Düngeverordnung:** Die praxisfernen Vorschläge im aktuellen Referentenentwurf des Bundeslandwirtschaftsministeriums zur Novelle der Düngeverordnung sind abzulehnen. In „Roten Gebieten“ muss der Erhalt der Ausbringung von Wirtschaftsdünger wie Gülle vor allem bei Zwischenfrüchten nach der Ernte der Hauptfrucht erhalten bleiben. Außerdem ist weiterhin eine gesonderte Betrachtung bei Grünland nötig! Die „**Roten Gebiete**“ in Bayern müssen von der Staatsregierung überprüft werden.
2. **Mercosur**-Abkommen – Nein zur Doppelmoral! Durch das Mercosur-Abkommen drohen insbesondere bei Rindfleisch, aber auch Geflügelfleisch und Zucker erhebliche Wettbewerbsverzerrungen und Marktverwerfungen zu Lasten der europäischen Bauernfamilien.
3. **Moratorium bei Auflagen:** Die Regierungsparteien müssen mit einem Auflagenstopp ein klares Signal an Wirtschaft und an Gesellschaft senden!
4. Agrarpaket der Bundesregierung, vor allem **Aktionsprogramm Insektenschutz:** Statt neuen gesetzlichen Einschränkungen insbesondere bei Pflanzenschutz, Düngung und Gewässerrandstreifen muss „Freiwilligkeit und Kooperation“ Vorrang haben!
5. Die **Umsatzsteuerpauschalierung** muss erhalten bleiben! EU-Kommission muss Sachargumente berücksichtigen.
6. **Planungssicherheit bei der EU-Agrarpolitik über 2020 hinaus:** Die Unterstützung durch die Direktzahlungen und Finanzierung der 2. Säule der Agrarpolitik müssen auch für die Förderperiode bis 2027 gewährleistet werden! Die Vorschläge für eine Umschichtung der Direktzahlungen in die 2. Säule hätten schmerzhaft Kürzungen bei den Einkommen für Landwirte zur Folge. Das lehnt der Bauernverband ab!